



Foto: transit/Polentz

Studiotour Babelsberg, auf Goldsuche in der Westernstadt.

AUS DEM INHALT

SEITE 3

Altberliner Verlag insolvent – eine Tradition stirbt

SEITEN 7-9

DDR-Rundfunk vor dem Verklingen bewahren: Rundfunkarchiv und Hörfestspiele

SEITE 12

Vom Bodensee an die Spree – österreichische Schriftstellerkollegen auf Gegendbesuch

SEITE 14

Musik und Politik – Musikschultage im Berliner Roten Rathaus

SEITE 16

Land Berlin mit Blitzaustritt abgeblitzt

SCHATZSUCHE UMSONST

Statt Erweiterung gab es Kündigungen im Filmpark Babelsberg

Im März übernahm Friedhelm Schatz den Filmpark Babelsberg vom französischen Medienkonzern Vivendi. Nach jahrelangem Stillstand sollte es wieder aufwärts gehen. Schatz, der schon einmal Geschäftsführer des Filmparks war, verkündete bereits vor Amtsantritt, er wolle sofort „Gespräche mit Produzenten, Verleihfirmen und Sendeanstalten beginnen, um noch in diesem Jahr das Programmangebot des Filmparks spektakulär zu erweitern.“

Von der Aufbruchstimmung ist spätestens seit Ende Juli nicht mehr viel übrig. Von den 110 Beschäftigten erhielten 25 ihre Kündigung, darunter auch zwei Schwerbehinderte. Sieben weitere wurden in den Ruhestand versetzt und zwölf Änderungskündigungen ausgesprochen. Den verbleibenden Beschäftigten in der Kantine wird die Wochenarbeitszeit von 38 auf 30 Stunden ohne

Lohnausgleich reduziert. Zusätzlich wurden Festverträge in Saisonarbeitsverhältnisse umgewandelt und zwei Mitarbeiterinnen sollen innerhalb des Unternehmens wechseln.

Ob die Kündigungen rechtersind, ist zumindest zweifelhaft. Denn nach § 613a BGB dürfen Ar-

Keine Prüfung
vor Übernahme?

beitsverhältnisse bei einem Betriebsübergang „nicht vor Ablauf eines Jahres ... zum Nachteil eines Arbeitnehmers geändert werden“. Für Jan-Peter Schmarje, Vorsitzender des Filmverbands in ver.di, ist der Sachverhalt eindeutig: „Aber wir müssen jetzt abwarten, wie viele Beschäftigte dagegen klagen.“ Der Betriebsrat habe außerdem einen Sozialplan ausgehandelt. Mit dem Ergebnis, rund 8.000 Euro Ab-

findung pro Beschäftigtem, ist Schmarje angesichts der Ausgangslage zufrieden.

Für die Mitarbeiter ist die tägliche Zeitungslektüre so spannend wie ein Krimi. In diversen Artikeln verkündete ihr Chef seine Sicht. „Ich hätte das Unternehmen nicht übernehmen können, wenn die Tarifverträge noch ihre Gültigkeit hätten“, wird Friedhelm Schatz am 1. August in den Potsdamer Neuesten Nachrichten zitiert. Dass ein erfolgreicher Geschäftsmann einen Betrieb nicht genau prüft, bevor er ihn übernimmt, ist nicht nur für Jan-Peter Schmarje unverständlich. Der Haustarifvertrag ist zum 31. Dezember 2002 ausgelaufen. Vertragsgemäß gelten aber automatisch die Regelungen des VTF (Verband der technischen Film- und Fernsehbetriebe) nach dem Betriebsübergang, jedenfalls in den Arbeitsverträgen. Friedhelm

Schatz war trotz Drängen von ver.di auch zu keinen Verhandlungen bereit. Ganz offensichtlich versuchte er, das Problem auf seine Weise zu lösen.

„Im Mai hat er die tariflichen Sonnabend-, Sonntags- und Feiertagszuschläge für April nicht ausgezahlt“, sagt Schmarje. „Nachdem Beschäftigte dagegen protestierten, zahlt er erstmal wieder.“ Bereits seit der Übernahme wird die lineare tarifliche Lohn- und Gehaltserhöhung von drei Prozent aus der Tarifverhandlung von 2002 nicht gezahlt. Jan-Peter Schmarje befürchtet, dass der aktuelle Streit und die jetzt erfolgten Kündigungen nur das Vorgeplänkel waren. Denn die Besucherzahlen sind von 600.000 im Jahr 1999 auf 400.000 im vergangenen Jahr eingebrochen und weiter rückläufig.

Schmarje vermutet, dass Schatz künftig auf die Kostenbremse treten wird: „Er will nur noch wenige feste Mitarbeiter in der Verwaltung beschäftigen und den Betrieb mit billigen stundenweisen Aushilfen laufen lassen. Dass er einen Pool von 500 Freien hat, hat er bereits gesagt.“ **sil**

Politik und Medien, ja selbst die Unternehmensverbände rühmen noch in der ersten Phase der deutschen Wiedervereinigung das System der westdeutschen Arbeitsbeziehungen anlässlich seiner Übertragung auf den Osten als „historisch überlegen“. Inzwischen hat sich das Klima verändert. Der Aufbau Ost ist ins Stocken geraten. Auch der Westen der Republik befindet sich seit drei Jahren in der wirtschaftlichen Krise, und die Arbeitslosigkeit steigt Monat für Monat auf neue Rekordhöhen.

Die Rechnung dafür sollen nun die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bezahlen und zwar alleine. Die Arbeitgeber und die Politik – von CDU über FDP, hin zu Grünen und weite Teile der SPD – setzten nur noch auf Strategien der Kostensenkung.

Die Flexibilisierung von Arbeit und Sozialstaat ist der Leitgedanke, der alle Tagesordnungen – ob in den Betrieben und Verwaltungen oder in der ganzen Gesellschaft – bestimmen soll. Wer wie die Gewerkschaften die Ursachen

der Krise nicht in davon galoppierenden Kosten, sondern in der unzureichenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sieht, muss sich diesem Weg der Krisenbewälti-

pitalbesitz im Arbeitsleben untereinander zu beschränken. Deshalb kämpfen wir um den Erhalt des Flächentarifvertrages, und deshalb sagen wir Nein zum

beitslose bestraft und die Arbeitgeber hätschelt, der schafft keine Arbeitsplätze, der greift nur unverhohlen das Einkommen und die Rechte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an.

Weil wir uns dem widersetzen und so die Interessen unserer Mitglieder noch immer bündeln und organisieren, erleben wir in den letzten Monaten eine seit der Spätphase der Weimarer Republik beispiellose Kampagne gegen die Gewerkschaften. Die ist bestellt von den Reichen und wirtschaftlich Mächtigen. Sie lassen uns für überflüssig erklären.

Ihnen allein nützt es, wenn wir weniger Einfluss in den Betrieben und der Gesellschaft haben, vor allem auf dem Gebiet der Tarifpolitik. Für die arbeitenden Menschen gilt allerdings noch immer, dass wir einzeln unsere soziale und wirtschaftliche Lage nicht zuverlässig sichern oder gar verbessern können. So lange das so ist, bleiben Gewerkschaften das Stärkste, was die (wirtschaftlich) Schwachen haben.

AUF EIN WORT
SIND
GEWERKSCHAFTEN
ÜBERHOLT?



Foto: transiti/polenitz

HASO DÜVEL, BEZIRKSLEITER IG METALL
BERLIN-BRANDENBURG-SACHSEN

gung in den Weg stellen. Wir tun dies aus dem Wissen und der Erfahrung, dass es zu jeder Zeit die wesentliche Voraussetzung allen sozialen Fortschritts war, die Konkurrenz der Menschen ohne Ka-

Sozialabbau in Gestalt der Agenda 2010. Wer „betriebliche Bündnisse“ will, um Lohn und Gehalt im einzelnen Betrieb absenken und Arbeitszeit unbezahlt ausdehnen zu können, wer Ar-

BUCHTIPP

FÜR ZEHN EURO WEISHEIT

BTB-VERLAG 2003

Der Besucher einer Buchhandlung wird aus den Regalen herab von einem Antlitz in Bann gezogen, aus dem kritisches, ein bisschen spöttisches, aber vor allem sehr freundliches Zuhören zu lesen ist. Darunter steht: Stefan Heym, *Offene Worte in eigener Sache* 1989 – 2001. Gespräche, Reden und Essays aus dieser Zeit haben Inge Heym, Heiner Henninger und Ralf Zwengel ausgewählt und herausgegeben. Ein Buch, das auf dem Schreibtisch, vor allem von Politikern, Gewerkschaftern, Lehrern, liegen sollte.

„In eigener Sache“ („Berliner Zeitung-Magazin“ 11./12.9.92): Hier warnt Stefan Heym vor den Folgen gleichgültigen Weghörens und -sehens, indem er uns detailliert miterleben lässt, wie ihm im Restaurant eines Kölner Nobelhotels ein elegant gekleideter Fanatiker die Faust ins Gesicht schlug. Zu Bewusstsein gekommen, taucht als Erstes das Wort wieder

in ihm auf. Der 1931 noch nicht einmal 18jährige von der Hitlerjugend in Chemnitz verfolgte muss gegen Ende seines Lebens feststellen: „...das gleiche noch einmal: das verzerrte Maul, die Fäuste, der Schlag. Als habe sich der Kreis geschlossen“.

„Wenn ich Texte durchsehe, die ich als Beiträge zur Zeit geschrieben habe, bin ich mitunter selbst überrascht, wie aktuell sie noch immer sind. Vielleicht, weil sie – Gegenwart und Vergangenheit zusammenbringend – Ausblicke wagen.“ Stefan Heym antwortete dies im Juli 1992 der Mitteldeutschen Zeitung fernab von Eitelkeit auf die Frage, warum für viele seiner Arbeiten nicht gelte, dass Texte zum Zeitgeschehen rasch veralten. Es ist die Wahrheit, wie die im Inhaltsverzeichnis aufgeführten Arbeiten beweisen. Über vierzig sind es. Sie in einem Zug hintereinander zu lesen, wäre ein Akt der Geringschätzung. Es käme kaum zur Geltung, wem man eigentlich begegnet: dem Philosophen, Literaturwissenschaftler, dem Humanisten, dem Antifaschisten und demokratischen Sozialisten auf der denkwürdigen Kundgebung am 4.

November '89 auf dem Alexanderplatz, dem Alterspräsidenten des 13. Deutschen Bundestages und schließlich dem Atheisten, der kurz vor seinem Tod uns auf köstliche Weise mit seinem Verhältnis zu seinem persönlichen „Gott“ bekannt macht: Zur Verfügung stehend, hervorgeholt zu werden, „wenn Not an Gott war: ein kleines Anderkonto sozusagen, in einer unauffälligen Nebenstelle einer größeren Bank.“ Heyms ebenfalls in dem Buch zu findende Rede am Dies academicus in Bern lässt nachvollziehbar werden, warum ihm folgerichtig

Gerade beschwörend der Satz: „nur die Gewerkschaften sind stark und fest genug, um, in Solidarität der Arbeiter Ost und West, (...) aus einem Lande, zur einen Hälfte Profitjagdgebiet und zur anderen Armenhaus, ein blühendes Gesamtdeutschland zu machen“. Solidarität, Toleranz, Vernunft kehren in allen Äußerungen wieder, die das Buch zum Thema Wiedervereinigung zusammenfasst. Welch naive Beschreibung, wenn im Nachruf der Bundestagszeitschrift „Das Parlament“ lediglich zu lesen stand: „...Er wurde Alterspräsident des 13. Deutschen Bundestages, dessen Abgeordnete seine Antrittsrede, in der er Großzügigkeit und Toleranz miteinander einforderte, leider nicht mit der gebotenen Aufmerksamkeit entgegennehmen.“ Das vorliegende Buch gibt den Parlamentariern des mittlerweile 15. Deutschen Bundestages Gelegenheit, aus Borniertheit Versäumtes sich zu Eigen zu machen, als Anleitung zu längst überfälligem Handeln.

Bernhard Kellner

Stefan Heym: Offene Worte in eigener Sache, Btb Verlag 2003, 10 Euro, ISBN 3-442-73080-5

Denkstoff für Parlamentarier

erschien, dass ausgerechnet er für die Romane „König David Bericht“ und „Ahasver“, mit dem Doktor h.c. der dortigen Theologischen Fakultät geehrt wurde. Und dann dieser Kontrast, wenn der Ursprung des 1. Mai als Feiertag der Arbeiter beschrieben wird. So geschehen in Heyms Rede 1991 auf der DGB-Mai-Kundgebung in Frankfurt am Main.

Altberliner Verlag insolvent

Tradition unverwechselbarer Buchkunst geht verloren



Nur noch Erinnerung an die...

Fast jedes Kind wuchs in der DDR mit den Büchern des Altberliner Verlags auf. Doch nun könnte das letzte Kapitel des renommierten Kinder- und Jugendbuchverlags aufgeschlagen werden. Am 8. April wurde das Insolvenzverfahren beim Amtsgericht München beantragt. „Es wird mit mehreren Verlagen verhandelt“, bestätigte Raimund Lux von der Münchner Rechtsanwaltskanzlei Nickl & Kollegen, die als Insol-

venzverwalter eingesetzt wurde. Es gäbe sowohl Interessenten, die die Rechte an den Büchern kaufen wollten, als auch Verhandlungen mit einem potenziellen Geldgeber, der beim Altberliner Verlag einsteigen könnte. Die Rechte der Autoren und Illustratoren seien davon nicht berührt, die Verträge würden auf die neuen Eigentümer übergehen. Die wirtschaftlichen Probleme des Verlags überraschen Manfred Bofinger nicht. Der bekannte Illustrator arbeitete bis vor rund acht Jahren regelmäßig für den Altberliner Verlag. Vor einigen Monaten erhielt er einen Anruf von einer Verlags-Mitarbeiterin aus München. „Sie bot mir an, verbilligt Exemplare zu übernehmen, die sie noch im Lager hatten“, erzählt er. Dies war offenbar bereits der Beginn des Ausverkaufs.

Mit dem Verlag könnte ein Stück Berliner Geschichte untergehen. Lucie Groszer kaufte 1943 die Breitskreuzsche Buchhandlung an der Neuen Schönhauser Straße, die sie in Altberliner Buchhandlung umbenannte. Dort gründete sie 1945 den Altberliner Verlag Lucie Groszer, den sie 1979 an die DDR verkaufte. Nach der Wende wurde der Ver-



lag von der Treuhand 1993 privatisiert. „Heute hat der Altberliner Verlag noch drei Angestellte“, sagte Raimund Lux zur aktuellen Situation. Lucie Groszer erlebt die jetzige Krise und das drohende Ende ihres ehemaligen Verlags nicht mehr, sie starb 1997. **sil**

MITARBEIT GESUCHT

Auf Beschluss des Landesbezirksfachbereichsvorstandes konstituierten sich Anfang Juli sieben Arbeitsgruppen des Fachbereiches 8 Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg. Sie widmen sich einem aktuellen Schwerpunktthema. Ihnen gehören Mitglieder des Landesfachbereichsvorstandes an, sie sind aber offen für alle interessierten Mitglieder. Themen:

- Fertigstellung des Kulturpapiers mit allen Kunst- und Kulturfachgruppenvorständen
- Organisation von Veranstaltungen des Landesbezirksfachbereichsvorstandes zu „Hartz-Papier, Globalisierung, Deregulierung“
- Kleinbetriebe im Bereich Druck und Verlage
- Tarifflicht/Tarifvorbehalt/ Tarifarbeit des FB 8
- Weitere Verbesserung der Freiarbeit
- Verbesserung der Arbeit des Fachbereichs an den Oberstufenzentren, Mitgliedererwerb
- Verbesserung der Mitgliederinformation und der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit des Fachbereichs.

Wer in den Arbeitsgruppen aktiv werden will, melde sich bei Andreas Köhn, Fachbereichsleiter, Tel. 86 31-11 07, Andreas.Koehn@verdi.de.

Mobbing-Zimmer reaktiviert

Berliner Verlag: JournalistInnen gewinnen vorm Arbeitsgericht

Herbe Schlappen musste die Personalabteilung des Berliner Verlags in den vergangenen Wochen und Monaten hinnehmen. Gegen ihre Kündigungen bei der „Berliner Zeitung“ und dem „Berliner Kurier“ hatten etliche Kolleginnen und Kollegen geklagt und gewonnen.

Konkret heißt dies: Sechs Redakteurinnen und Redakteure der beiden Zeitungen erhielten in der zweiten Instanz bereits vor dem Landesarbeitsgericht (LAG) Berlin Recht und werden nun zurückkehren. Das Gericht stellte fest, dass die Sozialauswahl falsch war und der Verlag nicht nachweisen konnte, dass ihre Arbeit weggefallen ist. Eine Redakteurin trat

bereits Ende Juli ihren Dienst beim „Berliner Kurier“ wieder an und landete prompt in einem der berüchtigten „Mobbing-Zimmer“. Bereits in der Vergangenheit hatte der Verlag versucht, auf diesem Weg Beschäftigte rauszuekeln. Auch die Zurückgekehrte fand sich nicht in der Lokalredaktion des „Berliner Kuriers“ wieder, sondern bekam einen Raum fernab des Redaktionsgeschehens im vierten Stock zugewiesen. Dort sitzt sie allein und ohne Arbeitsaufträge. An ihrem ersten Arbeitstag wurde sie per E-Mail, wie alle Kollegen, zur Redaktionskonferenz eingeladen. Sowohl die Kollegen, als auch ein Mitglied der Chefredaktion begrüßten sie dort freundlich.

Doch drei Stunden später untersagte ihr die Personalchefin, künftig an Sitzungen teilzunehmen, ohne ausdrückliche Einladung der Chefredaktion. Zusätzlich war auch das Telefon der Redakteurin für Auswärtsgespräche gesperrt. Dies brachte das Fass zum Überlaufen. Die Kollegin beschwerte sich beim Betriebsrat, der dem Verlag eine Frist setzte, um die Ungleichbehandlung einzustellen und sie in den Redaktionsablauf zu integrieren.

Drei weiteren Rückkehrern könnte ähnliches bevorstehen. Sie haben alle ihre Kündigungsschutzklagen in der ersten Instanz gewonnen, die endgültige Entscheidung steht noch aus. **sil**

SOLIBASAR

Zum Solidaritätsbasar der Berliner Journalisten am 6. September ab 10 Uhr gibt es auf dem Alexanderplatz ein abwechslungsreiches Programm an mehr als 50 Ständen. So haben u.a. die Autoren Ernst Röhl, Renate Hoffmann, Matthias Biskupek, Mathias Wedel und Jochen Petersdorf, Ottokar Domma, Gisela Steineckert und Peter Köpf ihre Teilnahme zugesagt. Schirmherrin Angelika Mann, die „Lütte“, tritt selbst auf, ab 14 Uhr talken Politiker und Gewerkschafter zum Thema „Kann Deutschland sich Solidarität noch leisten?“ Alle Erlöse unterstützen die Rückkehr von Familien in frühere Bürgerkriegsgebiete Angolas.

Agenda 2010 – nicht unsere Zukunft!

Diskussionsveranstaltung fordert gewerkschaftliche Kampagne gegen Sozialabbau und verabschiedete eine Resolution

„Gewerkschaftliche Argumente und Aktionen für die soziale Offensive“ sollten am 26. Juni in der Medien Galerie ausgetauscht werden, wohin der ver.di-Fachbereich Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg zu einer Diskussion eingeladen hatte. Ein kräftiges Häufchen Interessierter zeigte sich unduldsam-kämpferisch.

Ulrich Peters, Vorsitzender der FG Kirche bei ver.di Berlin-Brandenburg, belegte mit Zahlen und Statistik, dass die „gegenwärtige Verteilung der Einkommen die ungleichste Einkommensverteilung in der Geschichte“ der Bundesrepublik darstellt, wie selbst die gewerkschaftlicher Unterwanderung unverdächtige Zukunftskommission des Freistaates Bayern festgestellt hat. Zehn Prozent der reichsten Haushalte verfügen über die Hälfte aller Einkommen.

Das Steueraufkommen aus Lohn und Gehalt steigt prozentual stetig gegenüber sinkenden Steuereinnahmen aus Kapitalgewinnen. Seit 1980 ist zudem eine Reallohnsenkung der abhängig Beschäftigten festzustellen. Die „oberen Zehntausend“ – real sind das bundesweit momentan 75 000 Haushalte – nennen 40 Prozent des Geldvermögens ihr eigen, errechnete das Statistische Bundesamt. „Millionen zahlen Steuern, Milliardäre sollen es auch tun“, entwickelten die Gewerkschaften dagegen als Lösung. Bis 1990, so Peters, seien die Sozialkassen in Deutschland „gesund“ gewesen.

Konzeptionslose Versuche abgelehnt

Seit die Kosten der Deutschen Einheit überwiegend aus diesen Töpfen bezahlt wurden, habe sich die Situation zugespitzt. Versuche, die Sozialkassen zu entlasten, blieben bislang konzeptions- und erfolglos. Auch die neuerlichen Versuche, mit den Hartz-Beschlüssen



Gegen die Agenda 2010 erhob sich vielfacher Protest: hier in Berlin vor dem Estrel-Hotel, Tagungsstätte der SPD.

oder der geplanten Agenda 2010 Arbeitsplätze durch Sozialabbau zu schaffen, müssten sich angesichts fehlender 6,82 Mio. Arbeitsplätze als „Quadratur des Kreises“ erweisen, wie Peters ausführte. Die Vorhaben der Agenda 2010 – Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf niedrigem Niveau, Lockerung des Kündigungsschutzes, „flexible“ Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen, eine Erweiterung der Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen, Aufweichung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung oder „Nachjustierung“ der Rentenversicherung – sollten von den Gewerkschaften nicht mitgetragen werden.

Über die Anfang März vom ver.di-Bundesvorstand ins Leben

gerufene Dachkampagne „Stark im Wandel“, die gesellschaftspolitische Alternativen der Gewerkschaft propagieren sollte, berichtete Sabine Reiner von der Projektgruppe. Sie schätzte den Fortgang und die Wirksamkeit der Kampagne kritisch ein und sprach von zeitweiliger Konfusion. Die

Weitere Aktionen im Herbst

nicht überwältigende Mitgliederresonanz bei den Demonstrationen vom 17. und 24. Mai und unterschiedliche Positionen zur Agenda 2010 in den DGB-Gewerkschaftsspitzen hätten die Lage zusätzlich erschwert. Doch sei die Kampagne nicht beendet und

AUS DER RESOLUTION

... „Es ist überfällig, dass dieser Entwicklung (zum Abbau des Sozialstaates- d. Red.) ein gut begründeter, breit angelegter, hartnäckiger und mit langem Atem ausgestatteter gesellschaftlicher Widerstand entgegengesetzt wird. Die Gewerkschaften, d.h. wir, sind aufgerufen, diesen Widerstand im Bündnis mit anderen zu entwickeln und zu organisieren. Dabei müssen wir davon ausgehen, dass wir auch unsere eigenen Kolleginnen und Kollegen überzeugen und aktivieren müssen. Zu lange haben Gewerkschaften den Kampf um die Köpfe vernachlässigt. Sie haben dem seit Jahren in den meisten Medien veröffentlichten Trommelfeuer gegen sozialen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit zu wenig entgegengesetzt und damit an Glaubwürdigkeit verloren...“

soll im Herbst mit weiteren Aktionen fortgesetzt werden.

Mit dem „Wie weiter?“ beschäftigte sich auch die angeregte Debatte. Ein „jämmerliches Bild“ der Gewerkschaften in der geplanten sozialen Offensive wurde ebenso beklagt wie die wenig objektive Medienberichterstattung. Die Gewerkschaften sollten selbstkritisch prüfen, wie weit sie einseitig SPD-Politik vertreten und die „Vision einer besseren Demokratie“ aus den Augen verlieren. Man solle – Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte eingedenk – wieder mehr an die Basis, an die Betroffenen herantreten, Aktionen vor Arbeitsämtern planen, Großplakatwände und U-Bahn-Werbung sowie das Internet nutzen und Funktionäre sowie Mitglieder notfalls „zum Jagen tragen“, zeigten sich Diskussionsredner überzeugt. Gewerkschaftliche Gegenmacht zu organisieren, bedeute auch, „Festplatten neu zu formatieren“ und aktuelle politische Inhalte „neu durchzubuchstabieren“. Die Anwesenden verabschiedeten einmütig eine Resolution, in der der ver.di-Bundesvorstand aufgefordert wird, „zusammen mit dem DGB und anderen Einzelgewerkschaften die Kampagne gegen den Sozialabbau konsequent“ fortzusetzen. **neh**

Wenn der Studiogeruch fehlt....

connex.av lud erneut zur lockeren MA-Party

Zum Tanzen war es den meisten Gästen bei der Party von connex.av im Szeneclub „90°“ zu heiß. Statt zur Musik von DJ Minsky, Anthony Harvell und Little A (Kiss FM) die Tanzfläche zu stürmen, saßen die Radiomacher lieber gemütlich im Sommergar-

An Quote
zugelegt

ten. Unter dem Motto „Radio United“ hatte connex.av, das ver.di-Projekt für die Medienschaffenden in privatem Rundfunk, Film, AV-Produktion und Internet, eingeladen. Anlass war die Veröffentlichung der Einschaltquoten, die so genannte Media-Analyse (MA).

Während im vergangenen Jahr zwischen den Waschmaschinen in Holly's Waschtheke die Situation am Hörfunkmarkt von rund



Foto: transit/Polentz

Seltene Gesprächsrunde der Radiomacher

70 Gästen diskutiert wurde, kamen diesmal mehr als doppelt so viel. „Die aktuellen MA-Zahlen waren bei einigen Privatfunkern noch nicht ganz verdaut“, sagte Meike Jäger, Projektmanagerin

von connex.av. Denn die öffentlich-rechtlichen Sender in Berlin hatten auch dieses Mal ganz schön an Quote zugelegt.

Frank Aichmann, Redakteur beim MDR-Hörfunk, plauderte deshalb

ganz entspannt lieber über andere Themen, als über die MA-Analyse. Bei privaten Partys würde er Situationen vermeiden, wo viele Radiomacher zusammentreffen. Meist würden sie gemeinsam alle in der Küche landen und nur über die Arbeit sprechen. Aber an so einem Abend, wo nur Kollegen anwesend sind, sei dies schon etwas anderes. Und so diskutierte er mit Markus Musall, einem freien Hörfunkjournalisten, den typischen Studiogeruch, der heute in den Sendern nicht mehr zu finden sei, und schwärmte von dem Hörspielarchiv in Adlershof. Senderübergreifend kämen die Berliner Radiomacher nach seiner Erfahrung eher selten ins Gespräch. „Es ist schon eigenartig, dass Menschen, deren tägliche Arbeit die Kommunikation ist, selbst so wenig kommunikativ sein können“, stellte Frank Aichmann fest. Deshalb seien Treffen, wie die Party von connex.av positiv. **sil**

80 Jahre Gewerkschafter



Foto: transit/Polentz

Ernst Melis

Trockenen Fußes hatte kaum einer den Tautsaal des Deutschen Architektenzentrums an diesem Juli-Nachmittag betreten. Tiefe Pfützen auf den Gehwegen der Köpenicker Straße kündeten von einem tüchtigen Gewitterguss. Bei Sekt, Kaffee, einem kleinen Imbiss waren Wetterunbilden bald vergessen. 120 Jubilarinnen und Jubilare hatte der Bezirksvorstand geladen, 52 waren seit einem halben Jahrhundert, 27 seit 40 Jahren in der Gewerkschaft, die übrigen 25 Jahre. Einer Ausnahmepersonlichkeit zollten die Anwesenden stehend begeistert

Beifall. Ernst Melis, 94-jährig, trat vor 80 Jahren der Gewerkschaft bei, als Metallarbeiterlehrling in Kassel. Aktiv in der Gewerkschaftsjugend, dann in der KPD, musste er 1934 emigrieren, nach Holland, später nach Paris. Hier schrieb er als Journalist für die etwa 35 000 Emigranten in der „Deutschen Volkszeitung“. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf Frankreich ging Ernst Melis nach Lyon, sorgte dort für Flugblätter, die Zeitung „Soldat am Mittelmeer“. Und er gehörte zur Leitung des Komitees „Freies Deutschland“, in dem deutsche Widerstandskämpfer mit der Résistance kooperierten. Mit falschen Papieren reiste Melis durch das Land, um deutsche Soldaten über den verbrecherischen Krieg aufzuklären.

Heute noch – Ernst Melis arbeitete nach dem Krieg als Dozent und Journalist in der DDR – leitet er die DRAFD, eine antifaschistische Organisation, die sich seit 1990 aus Widerstandskämpfern der gesamten Bundesrepublik zusammensetzt. **E.Bri.**

ANZEIGE

AOK - Die Gesundheitskasse
für das Land Brandenburg

Gesundheit und Gesundheitspolitik im Land Brandenburg

Sie recherchieren, brauchen Informationen, Zahlen, Daten, Hintergründe?

Rufen Sie uns an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 20, 14513 Teltow
Pressesprecher Jörg Trinogga

Telefon: 03328 45-1513
Telefax: 03328 45-1514

E-Mail: joerg.trinogga@brb.aok.de
Internet: <http://www.aok.de>

AOK
Die Gesundheitskasse



Foto: transit/Polentz

Alle Preisträger zum Kinoprogrammpreis Berlin-Brandenburg 2003 auf einen Blick.

Kino ist nicht gleich Kino

Kinoprogrammpreis Berlin-Brandenburg zum 5. Male vergeben

Ein gutes Kinoprogramm bedeutet mehr, als nur einen Film abzuspielen. Bereits zum 5. Male vergab Mitte Juni das Filmboard in Kooperation mit dem Hauptverband Deutscher Filmtheater e.V. den Kinoprogrammpreis Berlin-Brandenburg. Gewürdigt wurden „Verdienste um Förderung und Verbreitung des Kulturgutes Film“.

Trotz wirtschaftlicher Flaute in der Branche konnten erkleckliche Mittel aufgebracht werden, um ideenreiche und innovative Programmgestaltung vor allem der kleineren Filmtheater zu würdi-

gen. Sie kämpfen sehr oft mit Mut und Witz um ihr Überleben, bringen dabei Erstaunliches zuwege, sind „wichtiger Standort-

**Mit Mut und Witz für
niveaivolles Programm**

faktor in einer reichen Kulturlandschaft“, wie Prof. Klaus Keil, Filmboard-Geschäftsführer sagte. Er nannte es „ein falsches Signal zur falschen Zeit,“ mit dem Regierungsentwurf zum Filmförder-

gesetz die Filmabgabe anheben zu wollen – über 30 Prozent in der untersten Stufe. Das würde die kleinsten und mittleren Kinos aufs Äußerste belasten und sie zusätzlich in Nachteil zu den Fernsehanstalten setzen. „Kritiklos lassen wir uns nicht gefallen, dass Leistungen der Kinos für Kultur und Gesellschaft geringer geachtet werden. Das Filmförderungsgesetz wird in dieser Form von uns in allen Punkten abgelehnt.“

Zwölf Kinos wurden mit Geldpreisen geehrt und vier mit einer

Urkunde. Der Jury, die unter 45 Bewerbungen – 33 aus Berlin und 12 aus Brandenburg und damit deutlich mehr als in den Vorjahren – zu entscheiden hatte, sei die Wahl schwer gefallen. Die Kriterien, nicht nur Filme zu präsentieren, sondern mit Gesprächsrunden, Themenreihen und Veranstaltungen das zum besonderen Ereignis werden zu lassen, erfüllten viele. Sie setzen sich damit als Programmkinos ganz bewusst gegen die finanzstarken Multiplexe ab. „Solch eine dichte und niveaivolle Programmkinolandschaft ist einmalig in Deutschland,“ schätzte Jurymitglied Hannelore Heider vom RBB ein. Ausgezeichnet wurden „Leuchttürme“ mit neuen Akzenten in der Publikumsarbeit, aber auch Kinos, die sich im schwierigen Umfeld – beispielsweise auf dem flachen Land fern der kulturellen Zentren – behaupten.

Die Preisträger: Balász Kino, Blow Up Kino, filmkunst 66, fsk Kino, Kino Hackesche Höfe, Kino in der Brotfabrik, Thalia Kino, Regenbogen Kino, Xenon Kino, Kino Kiste, Lichtblick-Kino, Nikelodeon – alle aus Berlin. Dazu das Kino Melodie Potsdam und das Linden-Kino Wusterhausen. Der mit 15 000 Euro datierte Spitzenpreis ging zu gleichen Teilen an das zur Yorck-Gruppe gehörende Filmtheater Berlin-Friedrichshain und das Freiluftkino Friedrichshain.

Auch im nächsten Jahr soll es trotz angespannter wirtschaftlicher Lage wieder einen Kinoprogrammpreis geben. **B.E.**

Reizvolle Wahrzeichen

Große Namen bauten für Gewerkschaften

„Ich bin nach wie vor begeistert von diesem Gebäude“, schwärmte Professor Jonas Geist bei seinem Vortrag in der Medien Galerie im Haus der Buchdrucker in der Dudenstraße. Mit seinen Erstsemestern würde er regelmäßig

**Auftraggeber für
Architektur**

das Bauwerk erkunden. „Es ist der Innbegriff der 20er Jahre. Farbe wird zum Ersatz für Ornament“, stellte Jonas Geist fest. Damit war er auch schon mitten

im Thema. Vor rund einem Dutzend begeisterter Zuhörer sprach er über „Gewerkschaften als Auftraggeber von Architektur“. Die Häuser seien die Wahrzeichen der Verbände gewesen, erklärte Jonas Geist. Das Haus an Dudenstraße baute Bruno Taut gemeinsam mit Franz Hoffmann. Beide gingen 1909 eine Bürogemeinschaft ein, zu der 1912 auch Max Taut stieß. Das Dreiergestirn baute viele Häuser gemeinsam für die Gewerkschaften. In den Jahren 1930/31 hat Max Taut zum Beispiel das Hauptgewerkschaftshaus in Frankfurt/Main gebaut, das erste Hochhaus in der Stadt. **sil**

GLÜCKWUNSCH ZUM 99!



Foto: transit/Polentz

Karl Richter, ältestes und noch sehr aktives ver.di Mitglied, feierte am 15. Juli seinen 99. Geburtstag. Der ehemalige Buchdrucker half nach dem Zweiten Weltkrieg, die Berliner Gewerkschaften wieder aufzubauen und war bis zu seiner Pensionierung Ende der 60er Jahre Vorsitzender der IG Druck und Papier. Alles Gute, lieber Karl Richter, weiterhin Gesundheit und viel Kraft!

„Wir sind kein Endlager“

Deutsches Rundfunkarchiv Babelsberg will DDR-Ton- und Filmdokumente reaktivieren

Von außen betrachtet lässt das neue Haus auf dem RBB-Gelände in Potsdam-Babelsberg das Bild eines Lagergebäudes absolut nicht zu. Die verglasten Fassaden verraten Transparenz, das Gegenteil von Eingeschlossenem für alle Zeit. Und im Innern umgibt uns Weiträumigkeit. Die dort arbeiten, sind störenden Besucherblicken entzogen. Aber der Eintretende kann die arbeitsame Atmosphäre nachgerade körperlich fühlen. Wann und wo immer ein Archiv angelegt wird, die Grundsatzfrage lautet stets, für wen und zu welchem Zweck. Die Absicht muss den Aufwand rechtfertigen, der stets beträchtlich ist. Personal, dem Archivmaterial zuträgliche Lagermöglichkeiten und vieles andere sind erforderlich und kosten in jedem Fall Geld. „Es muss sich rechnen – wir archivieren und verwalten nicht schlechthin“, sagt Peter-Paul Schneider. Der promovierte Germanist ist Leiter des Deutschen Rundfunkarchivs in Potsdam-Babelsberg und Ständiger Vertreter des Vorstandes der auch in Frankfurt am Main als zweitem Standort vertretenen ARD-Stiftung. Er wiederholt seinen Satz mehrmals. Wir reaktivieren! Im Gespräch mit „Sprachrohr“ geht es um die Ton- und Schriftdokumente des DDR-Rundfunks sowie um die Sendungen des DDR-Fernsehens. 450 000 „Schnürsenkel“-spricht Tonbänder, davon 250 000 Musikbänder befinden sich in Babelsberger Obhut. Ohne Übertreibung: Sie sind komfortabel untergebracht. Die erforderliche Temperatur, bis hin zu Tiefkühlgraden in den Keller-

**Reaktivieren –
aber für wen?**

magazinen, wird gehalten. Übersichtliche Regale vom Boden bis zur Decke, leicht beweglich in Links-Rechts-Richtung, lassen sie sich mit wenig Kraft verschieben, um dazwischen einen schmalen Gang zu schaffen. Alles ist registriert und wohl geordnet. Gesuchtes wird rasch gefunden. Diese Hinterlassenschaften des



Viele Schätze sind zu heben...

DDR-Staatsrundfunks und -Fernsehens zu reaktivieren, mutet zunächst befremdlich an. Wozu und für wen? Immerhin ließ nach der Wende das offizielle Urteil über die DDR-Medien kaum Gedanken an Reaktivierung aufkommen. Deshalb ist wichtig, wozu es geht. Unser Gesprächspartner nennt vier Hauptsäulen: Erstens sind Programme der ARD-Sender – vorwiegend TV zu versorgen, (heutige Zuschauer von alten „Polizeiruf 110“- oder „Kessel Buntes“-Folgen wissen das zu schätzen). Private können, allerdings gegen Bezahlung, ebenfalls partizipieren. Als zweites schlägt die kommerzielle Seite zu Buche. Ein Beispiel dafür ist die japanische Firma Omnia. Sie vermarktet aus dem Archivschatz auf CD gebrannte, aber in ursprünglicher Tonqualität DDR-Musikproduktionen und Konzertschnitte. Zum dritten werden Privatpersonen auf deren Bitte – sofern möglich – mit Umschnitten u.ä. beliefert. (30' für etwa 68 Euro). Eine beispielsweise von Eltern und Großeltern gerne genutzte Gelegenheit, DDR-Alltagsgeschehen der nachwachsenden Generation mit Zeitdokumenten authentisch nahe zu bringen.

Viertens werden als wesentlicher Zweig Wissenschaft und Kultur versorgt. „Relevantes Material aufzuspüren und bereitzuhalten, beispielsweise für die Forschung und möglicherweise für den journalistischen Nachwuchs als Beitrag zur deutschen Pressegeschichte“, sagt Dr. Schneider. Die

Eingefahrene Klischees hinterfragen

Universitäten Leipzig, Halle, die Berliner Humboldt-Uni und die Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam stellen seit zwei Jahren vergleichende Untersuchungen der Programmgeschichte des Fernsehens der DDR und der BRD an. In der Vorankündigung für die Presse hieß es: „Die Forschungsgruppe, die aus Ost- und Westbiographien paritätisch zusammengesetzt ist, macht damit einen notwendigen Anfang, das weitgehend unvollständige Bild vom DDR-Fernsehen endlich zu differenzieren, (...) eingefahrene argumentative Klischees zu hinterfragen, (...) und kritisch di-

stanziert von Vor-Urteilen über den ausschließlich „repressiven Charakter“ dieser Kultur vorzugehen. (...) Es soll das „gescheiterte Projekt“ DDR und auch das Mediensystem der DDR, das vermutlich zu diesem Scheitern Erhebliches beigetragen hat, nicht schön geredet werden“ (Aus der Presseerklärung vom 27.4.2001)

Den DDR-Alltag nachträglich filmisch darzustellen, wird mit den ins Land gehenden Jahren nicht leichter werden, sagt Schneider voraus. Vorwende-Produktionen des „Polizeiruf 110“ und dergleichen können schließlich nicht endlos ausgestrahlt werden. Andererseits werden 40 Jahre DDR aus unterschiedlichen Gründen in filmischen Neuproduktionen eine Rolle spielen, wobei man auf Originalausschnitte angewiesen sein

wird. Der große Filmserfolg „Good Bye, Lenin!“, ist ein Paradebeispiel aus jüngster Zeit. Schneider meint, dass die Nachfrage der Rundfunkanstalten und von Filmemachern an historischen DDR-Darstellungen und -O-Tönen derzeit wieder rapide zunimmt. Weitab von jeglichem Selbstzweck gehe es eben auch im DRA Babelsberg um die Pflege kulturgeschichtlichen Erbes für die nachfolgenden Generationen. „Wir sind kein Endlager des in 40 DDR-Jahren entstandenen Hörfunk- und Fernseherschaffens“, bedeutet Schneider. „Mit dessen Aufbereitung sind wir noch lange nicht am Ende.“ Es war Zufall, dass eine Woche nach unserem Gespräch unter dem Motto Nalepasund das Zweite Berliner Hörspielfestival stattfand, (siehe folgende Seiten – d.R.) – gewidmet dem DDR-Hörspiel und unterstützt vom Deutschen Rundfunkarchiv Babelsberg, dem unstrittigen Anwalt eines wesentlichen Teils des DDR-Schrift-, Bild- und Tonerbes und somit deutschen Kulturerbes überhaupt.

Bernhard Kellner



Vor dem Verklingen

2. Berliner Hörfestspiele lockten Besucher r

Es ist alles genauso ... Aber andere Möbel: Heller. Wir haben doch Zeulenroda!" So tönt es aus dem Lautsprecher. Jahrzehnte nach der Erstsending im DDR-Rundfunk konnte man sich Ende Juni ein Wochenende lang dem „Nalepasound“ hingeben. Mit dem Begriff etikettierte einst der Westen den vermeintlich homogenen Klang aller DDR-Radiosendungen. Später nahmen die DDR-Radiomacher selbstironisch diesen Begriff in die internen Programmdebatten auf. Heute kann er für ein ganzes Radiozeitalter stehen, das eng mit den Studios an der Nalepastraße in Berlin-Oberschöneweide verbunden ist. Doch „Nalepasound“ meinte nicht nur Beschränkungen und Konventionen, sondern immer auch künstlerische und handwerkliche Qualität. Und die klingt noch heute vielen bekannt im Ohr: Neben über Jahre ausgestrahlten Familienserien wie „Neumann, 2 x klingeln“, „Waldstraße Nummer 7“ oder „Was ist denn heut' bei Findigs los?“ für die Kleinen machten zahllose Einzelhörspiele – zu den meistenteils Originalhörspielen kamen auch die der Internationalen Funkdramatik –

einen beträchtlichen Teil der Radioprogramme der DDR aus. 90 Hörspiele aus vier Jahrzehnten wurden nun ausgewählt und einem interessierten Publikum in der inzwischen historischen Kulisse der legendären Hörspielstudios erneut zu Gehör gebracht – im Rahmen der 2. Berliner Hörfestspiele. Auch wenn Bärbel Wachholz ihr „Da-a-mals“ vom Empfangstrailer schmetterte, weder den Organisatoren vom Verein „OhrRing“ noch den Besuchern ging es um bloße Nostalgie. Es war der „bisher umfangreichste Versuch, gutes Hörspiel vor dem Verklingen zu bewahren“ ...



Das ostdeutsche Hörspielschaffen ist kaum überschaubar und noch längst nicht vollständig archivarisches Material. Allein im Jahr 1989 wurden auf den fünf DDR-Radiosendern rund 300 funkdramatische Produktionen urgesendet: 37 Originalhörspiele, elf Hörspielbearbeitungen, 26 Kurzhörspiele, 31 ausländische Stücke, 40 Featuresendungen, 25 Krimis, 40 Serienfolgen sowie 86 Kinderhörspiele. Von den fast 3000 Rundfunkbeschäftigten in der Nalepastraße waren zu diesem Zeitpunkt etwa 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Hörspiel fest angestellt.

Bei diesen Dimensionen ist es klar, dass die 90 Stücke, die bei den Hörfestspielen parallel in sieben Studioräumen zu hören waren, nur begrenzt repräsentativ sind für all die Facetten, die vier Jahrzehnte DDR-Radiokunst bedeuten. Dennoch wurde schon bei dieser relativ geringen Anzahl von Hörspielen deutlich, wie groß die künstlerische Bandbreite war, wie unterschiedlich die Handschriften, wie vielfältig die Themen. Dies kam auch in den vier Rundtischgesprächen zum Ausdruck, bei denen DDR-Hörspielmacher sich unter verschiedenen Aspekten an ihre Arbeit erinnerten. Das provokant gemeinte Motto der Hörfestspiele – Nalepasound – zog sich dabei als roter Faden durch die Diskussionen zwischen Dramaturgen, Autoren und Regisseuren.

ÜBERSCHAUBARE GESCHICHTEN MIT KLARER BOTSCHAFT

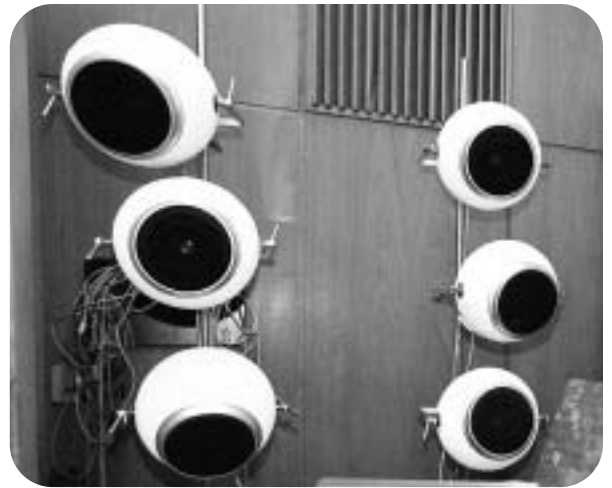
In der ersten Runde – „Texte, Themen und Tendenzen im DDR-Hörspiel“ – ging es um Inhalte, Stoffe und Geschichten, um Stückentwicklung und Erzählweise, um die Dramaturgie also. Einig war man sich auf dem Podium, dass das „realistische Gegenwartsproblemhörspiel“ – ein Begriff, den Peter Gugisch, Hauptabteilungsleiter der Funkdramatik, einst prägte – die Radiolandschaft dominierte. Generell lag die Betonung auf einer überschaubaren „Geschichte“ mit einer klaren „Botschaft“, auf sozial genauer Schilderung und der Hinwendung an eine breite Hörerschaft. Gerade der Dialog mit dem Hörer, die Auseinandersetzung mit dessen Problemen, „das Zwiesprache-Halten“ machte die große Publikumsresonanz des DDR-Hörspiels aus. Das Hörspiel war nicht abgehobene AudioArt, „fand nicht im luftleeren Raum statt“, wie Siegfried Hähnel, Hörspielkritiker und später stellvertretender Hauptabteilungsleiter,



Foto: transit/polentz

gen bewahren

mit „Nalepasound“ und Gesprächen



anmerkte. Mit der Durchsetzung des Fernsehens als Haupt- und Massenkommunikationsmedium der Gesellschaft, das demzufolge im Mittelpunkt des Interesses der „Oberen“ stand, wurde das Hörspiel in Produktionsvolumen und Sendeplätzen zwar ungeheuer erweitert, aber zugleich zu einer künstlerischen Nische, die den Machern mehr Freiheiten als anderswo bot. Hier war ebenso Platz für elitäre Minderheitenprogramme wie für brisante Fragen – von der

andernorts längst aus dem Sortiment genommen waren.“, schrieb Peter Gugisch 1993. Ebenso wenig wie die DDR ein starrer Zustand war, dem man einen einzigen Stempel aufdrücken könnte, war auch ihre Hörspielkunst über 40 Jahre kein statisches Phänomen, sondern ist durch Inhomogenität und Prozesshaftigkeit geprägt. Dramaturg Siegfried Pfaff resümierte die Phasen, in denen sich das ostdeutsche Hörspiel entwickelte: Nach der ersten Generation von Hörspielautoren – den Emigranten und Kriegsheimkehrern, die an die Hörspiele vor 1933 anknüpften – traten ab Mitte der 50er Jahre neue Autorinnen und Autoren, gewissermaßen die „Töchter“ und „Söhne“, auf den Plan und verarbeiteten unmittelbares Zeitgeschehen, setzten sich mit dem Faschismus und dem Leben im anderen Teil Deutschlands, mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und der neuen Zeit auseinander. Diese Etappe bezeichnete der kürzlich verstorbene Gerhard Rentzsch, der Nestor des DDR-Hörspiels, rückblickend als die „fruchtbarste Zeit“.

In den 60er Jahren wuchs jedoch die Gefahr, dass sich die Stücke zu ähnlich wurden, zumal seit 1952 – mit der Konstituierung des zentralen „Staatlichen Rundfunkkomitees“ in der Hauptstadt und dem Wegfall der eigenständigen Hörspielabteilung des Senders Leipzig

– nur noch eine einzige Dramaturgie für die gesamte DDR monopolartig die Stückentwicklung bestimmte.

EIN GLÜCKSFALL FÜR DAS GENRE

Nach der Welle von Brigadestücken gab es Ende der 60er Jahre endlich einen inhaltlichen Bruch: Künstlerschicksale wurden gestaltet, das Individuum, das vorher nur als Teil des Kollektivs seine Berechtigung hatte, wurde ernster genommen, das Subjekt betont. Dieser Umschwung fiel zusammen mit einer auch äußerlichen Neustrukturierung der Hörspielabteilung. Durch Abspaltung und Erweiterung entstanden die spezialisierten Ressorts Kinderhörspiel, Internationale Funkdramatik, Feature und unterhaltende Sendereihen. Anfang der 80er Jahre kam es zu einem erneuten Wandel in der Hörspielästhetik. Junge Autorinnen und Autoren, die viel kritischer auf die gesamtgesellschaftliche Situation und die Stagnationserscheinungen in der DDR reagierten, begannen, dramaturgische Konventionen aufzubrechen und das Formen- und Themenspektrum auszudehnen.

Großen Beifall gab es für den Hörspiel- und Theaterautor Albert Wendt und sein leidenschaftliches Plädoyer, das von Stolz, aber auch von Verletzungen und Verlusten zeugt, die mit der Abwicklung und Abwertung des DDR-Hörspiels im vereinigten Deutschland einhergingen: „Es besteht kein Grund für diese Dauerhaltung der Rechtfertigung, wenn ein Glücksfall für das Genre, für die ganze Kulturlandschaft stattgefunden hat, wenn so viel engagierte, fähige Leute, mit soviel Mitteln ausgestattet, so gründlich, so groß produzieren durften, in einer solchen Breite Autoren ernähren konnten, für Kinder Kunst machten mit Aufwand und den besten Künstlern des Landes, in einer solchen Menge! Für so einen Glücksfall muss niemand sich rechtfertigen! Dass es in der Zeit Kämpfe mit der Macht und Gemeinheiten gab, ist doch selbstverständlich, das findet immer statt, findet heute statt und fand vorher statt. Aber wie können wir diese zivilisatorische, kulturelle Leistung, von der wir jetzt manchmal ahnen, dass sie hoch anzurechnen ist – produktiv machen?“

Kerstin Faude

Künstlerische Leiterin der 2. Berliner Hörfestspiele, Vorstandsmitglied OhrRing e.V.



Schulerziehung bis zu Randgruppenthemen – die in einer Weise problematisiert wurden, wie es weder beim DDR-Fernsehen noch bei der DEFA oder in den Printmedien zu finden war.

RUNDFUNK RESIDIERT IN DER SEITENSTRASSE

„Bei allen Einschränkungen und Reglementierungen blieb der Rundfunk ein vergleichsweise guter Ort für Autoren und ihre Partner. Gegenüber dem Fernsehen hatte er die Chance der unspektakulären Öffentlichkeit. Das Fernsehen war der Laden mit den großen Schaufenstern zur Hauptstraße. Keine Auslage blieb unentdeckt. Der Rundfunk residierte in der Seitenstraße, jedem zugänglich, aber nicht von allen wahrgenommen. Wer sich die Mühe machte, konnte in seinen Regalen – auch im Hörspielfach – Dinge entdecken, die



Fotos: transit. Grafik: bleifrei



Das war in diesem Frühjahr zum siebenten Mal das Motto des alle zwei Jahre in Berlin stattfindenden Deutschen Kinder- und Jugendtheater-Treffens. Das carousel Theater an der Parkaue, das Grips Theater, die Schaubude, die Kulturbrauerei/Kesselhaus, die Arena und die Schiller-Theater-Werkstatt waren Spielorte für zehn bemerkenswerte Inszenierungen. Sie boten einen Querschnitt der künstlerischen Wirklichkeit des Kinder- und Jugendtheaters.

Vom MOKS am Bremer Theater kam die Inszenierung „Cyrano“ von Edmond Rostand in der Regie von Klaus Schumacher, das Theater der Jungen Welt Leipzig war vertreten mit „Fett frei und fast free“ von Vivienne Newport in der Regie der Autorin, das TiP-Theater Oberhausen mit „Feuer-gesicht“ von Marius von Mayenburg in der Regie von Kay Voges, das Hans Otto Theater Potsdam mit „Fluchtwege“ von Nick Wood in der Regie von Yüksel Yolcu, das Theater Handgemeinde Berlin – in Koproduktion mit dem Hans Otto Theater Potsdam und dem Figurentheater Stuttgart – mit „Höchste Eisenbahn“ nach einer Idee von Peter Müller in der Regie

Spielwut gegen Sparzwang

Kinder- und Jugendtheatertreffen offenbarte Kraft und Kreativität

von Markus Joss, vom Schauspiel Staatstheater Stuttgart/Theaterhaus Stuttgart kam „I Furiosi – Die Wütenden“ in der Fassung von Sebastian Nübling und Daniel Wahl in der Regie von Sebastian Nübling, das Staatsschauspiel Dresden mit „Klamms Krieg“ von Kai Hensel in der Regie von Gilbert Mieroph, die Städtischen Bühnen Münster, Junges Theater mit „Norway Today“ von Igor Bauersima in der Regie von Kay Voges, das Thalia Theater Halle mit „Schnitt ins Fleisch“ von Xavier Durringer in der Regie von Christoph Biermeier und das Rheinische Landestheater Neuss mit „Von drei alten Männern, die nicht sterben wollten“ von Suzanne van Lohuizen, Regie Greet Vissers.



Zwei Jahre lang hatte die unabhängige Jury mit Ina Kindler-Popp, Peter Fischer und Franziska Steiof die Landschaft des Kinder- und Jugendtheaters bereist. Sie ließ sich von drei Fragen leiten: Wo finden Überschreitungen der Genre-grenzen statt? Verpasst das Kinder- und Jugendtheater den Anschluss an die (virtuelle) Realität seines Publikums? Wie profi-

table sind Kooperationen? Die eingeladenen Inszenierungen belegen, dass das Kinder- und Jugendtheater bei der Suche nach Themen immer mehr zu eigenen Stückfassungen nach Prosatexten greift. Oder Autoren haben aktu-

Gegenseitige Neugier – gemeinsame Sehnsucht

elle Themen in junge Sprache gebracht. Die neuen Medien werden in die Gesamtkonzeption integriert. Das Spiel auf der Bühne wird durch Atmosphäre, Kommentierung und Ironie verstärkt. Choreografisches und rhythmisches Arbeiten scheinen Fuß zu fassen und verschmelzen Inszenierungen zu einem Gesamtkunstwerk.

Zwei Wege machen die gemeinsame Realität zum Gegenstand von Theater: Entweder über neu entstandene Stücke wie „Norway Today“. Hier hat das Internet die Realität dramatisiert: Zwei junge Menschen verabreden sich im Chatroom zum gemeinsamen Selbstmord. Fiktion reibt sich an der Realität. Oder umgekehrt: Kurz nach der Uraufführung von „Klamms Krieg“ drohte das Stück als dramatisiertes Erklärungsmuster für den Amoklauf von Erfurt benutzt zu werden. Realität reibt

sich an Fiktion. Parallel dazu wird versucht, Realität junger Leute direkt zu transportieren. Rhythmisierung der Sprache und choreografischen Einsatz der Körper zeigt z.B. die Inszenierung „I Furiosi – Die Wütenden“.

Bei Kooperationen will man sich der Ressourcen für Theaterarbeit gemeinsam bedienen – Vervielfältigung der öffentlichen Wirkung, die gegenseitige Neugier auf die Entdeckungen des Partners erweitert theatrale Sehnsucht!

Gastschwerpunkt war Rußland mit „Kaschtanga“ nach Tschchow vom Judentheater Jekaterinburg, „Mamascha Kurasch“ (Mutter Courage) von Bertolt Brecht aus Samara und „Roschdestwo 1942 – Pisma o Wolge“ (Weihnachten 1942 – Briefe von der Wolga), St. Petersburg. Rußland hat eine traditionsreiche Kindertheaterkultur, und es gibt vielfältige Gründe, den Kontakt zu den östlichen Wurzeln eigener Kindertheatertradition zu pflegen, auch hinsichtlich der EU-Erweiterung.

Neben den Angeboten an Gesprächsforen für Fachkollegen und Studierende gab es ein profiliertes Begleitprogramm. Mit der Aktion „Kinder-Stimmen und Jugendliche Meinungen“ stand für das junge Publikum im Foyer des carousel Theaters ein Ort der öffentlichen Meinungsäußerung über Inszenierungen zur Verfügung. In unterschiedlichen medienpädagogischen Projekten wurde „Ästhetische Erziehung als Programm: das Theater für Kinder“ aufgezeigt. Zwei präsentierten sich exemplarisch: die „Kinderstadt“ aus Halle, wo Kinder ihre eigene Stadt entwarfen und über deren Struktur und Aufbau selbst entschieden. Zur Inszenierung „Fluchtwege“ wurde mit einer 3. Klasse zur Idee des Koffers gearbeitet. Am Ende standen 27 individuell gestaltete Koffer im Foyer.

Das diesjährige Treffen hat erneut bewiesen: Kinder- und Jugendtheater in seiner Kraft, Ausdauer und Spielwut – gegen alle Sparzwänge – bleibt lebendig und wird weiter vorangetrieben! Das haben sich alle Theatermacher auf die Fahnen geschrieben.

Roswitha Weber

Hürde ist jetzt genommen

Zwischenergebnis in den Tarifverhandlungen für Theater des Westens

In den Tarifverhandlungen am Berliner „Theater des Westens“ ist eine wichtige Hürde genommen. Zwischen ver.di und der Geschäftsleitung der Stage Holding (Deutschland), die Ende September mit der Premiere von „Les Miréables“ ein neues Zeitalter im altehrwürdigen Haus an der Kantstraße einleiten will (siehe vorige „Sprachrohr“-Ausgabe), wurde vor der Sommerpause ein Zwischenergebnis vereinbart.

Die Regelung sieht vor, dass für die Beschäftigten des Theaters, die unter den einst von der ÖTV

abgeschlossenen Manteltarifvertrag (MTV) fallen, der im Januar 2003 in Potsdam vereinbarte Tarifabschluss für den Öffentlichen Dienst übernommen wird. Das bedeutet eine Anhebung der Löhne und Vergütungen ab 1. Januar 2003 um 2,4 Prozent. Weitere Steigerungsstufen um je ein Prozent folgen am 1. Januar und 1. Mai 2004. Außerdem sind Einmalzahlungen vereinbart.

Der Vertrag hat eine Mindestlaufzeit bis 31. Januar 2005. Bis zu diesem Zeitpunkt bleiben die Zuwendungen in ihrer Höhe ein-

gefroren. Mit Wirkung ab 1. Januar entfällt der AZV-Tag. Außerdem wurden Sonderregelungen für die Lebensalterstufen bzw. den Zahltag der Bezüge eingeräumt.

Die Beschäftigten erhielten mit der Gehaltsabrechnung Juli Abschlagszahlungen, mit der Gehaltszahlung August wird korrekt abgerechnet. Sabine Schöneburg von der ver.di-Verhandlungskommission wertet das Zwischenergebnis als beachtlichen Erfolg. Die Tarifverhandlungen am „Theater des Westens“ werden Ende August fortgesetzt. **neh**

VORGESTELLT

Vor, auf und hinter der Bühne

FACHGRUPPE 10
Darstellende Kunst

Was für ein breites Spektrum! Von der Ankleiderin über die Balletttänzerin, die Gesangssolistin, den Inspizienten und den Korrepetitor, die Maskenbildnerin, den Polstermeister, den Regisseur über die Schauspielerin, den Tonmeister, den Verkaufsleiter bis zum Werbegrafiker – alle diese Berufe und noch mehr sind vertreten unter den etwa 1.980 Mitgliedern der Fachgruppe 10. Ihre Probleme sind kompliziert. Eiserne Sparmaßnahmen bedrohen die Kulturinstitutionen. Die Mehrzahl der Künstlerinnen und Künstler kommt aus der IG Medien, Bühnenarbeiter und in den Verwaltungen Tätige aus ÖTV und DAG. Über 100 Neuzugänge sind seit der Gründung von ver.di zu verzeichnen. Das Vertrauen zu ihrer Gewerkschaft ist berechtigt.

Enge Kontakte bestehen u.a. zu Dr. Thomas Flierl, dem Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie zum Gesamtpersonalrat der Senatsverwaltung, dessen Vorsitzender, Klaus Grunow von der Staatsoper, zugleich auch Vorsitzender des Vorstandes der Fachgruppe ist.

Das wirkte sich u.a. erfolgreich aus im gemeinsamen Ringen um den Erhalt der drei Opernhäuser in Berlin. „Unsere Gewerkschaft“, so Fachbereichssekretärin Sabine Schöneburg, „wird von den Politikern als Partnerin anerkannt und nicht etwa abgestempelt, etwas verhindern zu wollen.“ So konnte gleichwohl das Berlin-Ballett verhindert werden, das die Tänzerinnen und Tänzer von den jeweiligen Opernhäusern abgekoppelt hätte. Und der Komischen Oper eine kleine Ballettgruppe erhalten, die freilich schon wieder gefährdet ist. „Wir brauchen ein breites Bündnis für Kultur, um Lebensqualität und -niveau der Menschen zu verbessern. ver.di tritt dafür ein, dass Künstlerinnen und Künstler von ihrer Arbeit auch leben können“, so Sabine Schöneburg. Zur Zeit geht es um die Tarifverträge. Am Friedrichstadtpalast ist er bereits abgeschlossen – für die Tänzerinnen und Tänzer mit leistungsbezogenen Zulagen. Am Podewil wie auch an der Schaubühne wird um Angleichung an die Gehälter und Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst gerungen. Neue Schwierigkeiten ergeben sich im Land Brandenburg. So soll das Cottbuser Theater in



Ballett gehört zu Kunst und zur Lebensqualität.

Foto: transit/Polentz

eine GmbH verwandelt werden. Die Tänzerinnen und Tänzer haben bereits den „Blauen Brief“ erhalten. Was wird aus ihnen? Pfortner? Ankleiderinnen?

Sorgenkinder sind vorrangig die Freien, 500 bis 600 ohne Bindung an eine Bühne, eine Gesellschaft, eine Institution. Sie benötigen Hilfe von ver.di am häufigsten. Außer in der persönlichen Aussprache oder der Rechtsberatung finden sie diese in den alle drei Wochen stattfindenden öffentlichen Vorstandssitzungen und den Mitgliederversamm-

lungen. Natürlich auch in der Fachliteratur, wie dem „Ratgeber für Freie“ und der kulturpolitischen Zeitschrift „Kunst & Kultur“.

Nicht nur die neue Ausbildungsstätte für Maskenbildner zeugt von der ver.di-Sorge um versierten Nachwuchs. Bühnentechniker, Kostümschneiderinnen, Veranstaltungstechniker u.a. gelten nun wieder als Ausbildungsberufe (in der DDR waren sie das). Allein die Deutsche Staatsooper bereitet 28 Azubis auf ihre künftigen Tätigkeiten vor.

Eva Brillke

Weiterkämpfen!

Zähe Verhandlungen um Tarifvertrag im RBB

Ein gutes halbes Jahr laufen die Verhandlungen für einen Übergangstarifvertrag im Zuge der Fusion von SFB und ORB zum RBB. In zähem Ringen erzielten die beteiligten Gewerkschaften und die Geschäftsleitung des RBB am 17. Juli in einigen Punkten eine Annäherung: So werden betriebsbedingte Kündigungen bis zum 31.12.2004 ausgeschlossen. Zwangspensionierungen, welche die Geschäftsleitung für die drei höchsten Tarifgruppen durchsetzen wollte, werden wieder auf die Gruppen A und B beschränkt. Für die anderen Vergütungsgruppen soll ein Anspruch auf Vorruhestand vereinbart werden. Bei den arbeitnehmerähnlichen Freien wer-

den die Fristen bei einer Beendigung der Tätigkeit verlängert.

Die Gehälter der ORB-Beschäftigten werden nicht auf SFB-Niveau angeglichen, es gibt jedoch eine monatliche Gehaltszulage zwischen 70 und 160 Euro. Volontäre und Auszubildende werden künftig nach SFB-Tarif bezahlt. Zugeständnisse gab es bei Neueinstellungen: Hier wird nicht – wie von der Geschäftsführung gewünscht – der jeweils billigere Tarif angewendet, sondern standortbezogen bezahlt.

Am 4. August diskutierten Vertreter von ver.di und DJV die Ergebnisse. Hanne Daum, Personalratsvorsitzende Berlin: „Kritisch bewertet wird vor allem die Hal-

tung der Geschäftsleitung in Sachen Zwangspensionierung: Ein Tarifvertragsabschluss wird zur Zeit nur in Aussicht gestellt, wenn die Gewerkschaften dem zustimmen.“ ver.di dringe hingegen weiter auf einen Vorruhestandstarifvertrag, der den Mitarbeitern die Wahl lässt, zu gehen oder zu bleiben. Außerdem sei die Frist zum Ausschluss von Kündigungen bis Ende 2004 sehr kurz, da bis dahin die Umstrukturierungen nicht abgeschlossen sein werden. Auch die Regelungen für die Freien seien unzureichend. Die Zulagenregelungen ersetzen einen Zeitplan für die Tarifangleichung kaum. „Immerhin ist bei der Geschäftsleitung ein Wille zur Einigung da,“ sagt Daum, „aber wir gehen mit dem Auftrag aus der Versammlung, kämpferisch weiter zu verhandeln“. Am 28. August gehen die Verhandlungen in die nächste Runde. **Ute C. Bauer**

EHRUNG

Julius Fucik

Mit einer Matinee in der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand erinnern Berliner Journalistinnen und Journalisten am 7. September um 11 Uhr an den 60. Jahrestag der Hinrichtung von Julius Fucik, tschechischer Journalist und Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime. Der Matinee geht um 10 Uhr eine Kranzniederlegung vor der Hinrichtungsstätte in Berlin-Plötzensee voraus. Die Veranstaltung wird gemeinsam getragen vom ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg, dem Monatsmagazin der VVN-BdA „antifa“ und der Zeitschrift „Ossietzky“. Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstr. 13 –14, 10785 Berlin

Vom Bodensee an die Spree

Gegenbesuch österreichischer Schriftstellerkollegen

Vom 5. bis 7. Juni 2003 waren fünf Autorinnen und Autoren aus dem österreichischen Bundesland Vorarlberg im Namen der Berliner Sektion des VS eingeladen, in Berlin aus ihren Büchern zu lesen. Auf einem Schiff in der Spree, auf der „Hoppetosse“ in Treptow, lasen Johanna Teresa Hartmann, Erika Kronabitter, Ulrike Längle, Norbert Loacker und Ingo Springenschmid am Abend des 6. Juni 2003 aus ihren Arbeiten.



Es war ein Gegenbesuch. Denn im April 2002 waren Berliner Autorinnen und Autoren zu Lesungen in Bregenz, der Vorarlberger Festspielstadt am Bodensee eingeladen. Am Abend ihrer Ankunft im Haus des Literarischen Colloquiums am Wannsee konnten die Vorarlberger Schriftsteller die Pressekonferenz zum diesjährigen Bachmannpreis verfolgen. Am nächsten Tag erwartete sie in der neu gebauten österreichischen Botschaft eine Führung durch das Haus. Die „Jausenpause“ im Sony Center würzte Jan Eik mit skurrilen kriminalistischen Begebenheiten aus der Berliner Geschichte. Er führte auch



Kiebitzen erlaubt: Johanna-Theresa Hartmann (li), Schriftstellerin, und Ania-Clarissa Gilles, Musikerin.

Regie beim anschließenden Weg durch Berlins Mitte zum Brecht-Haus, das den Gästen zur Besichtigung geöffnet wurde.

In der gut besuchten Lesung am Abend waren den Vorarlbergern die Anstrengungen dieses prall gefüllten und sommerlich warmen Tages nicht anzumerken. Zum Gelingen der Veranstaltung trug auch die Musik bei, die Ania-Cl-

rissa Gilles und Angelika Maringer aus folkloristischen und klassischen österreichischen Motiven und Stücken zusammentrugen.

Getreu dem Motto der Begegnung „Vom Bodensee an die Spree“ ging es am letzten Tag auf dem Wasserweg zur Glienicker Brücke. Den Spaziergang nach Potsdam gestaltete Martin Ahrends vom VS Brandenburg, des-

sen lebendige Erzählungen zur Historie der verschiedenen Höfe und Schlösschen die österreichischen Kollegen begeisterten. Im Holländischen Viertel klang der letzte Tag bei einem Glas Wein in angelegtem Gespräch aus.

Die Organisatoren, Martin Steffe und Susanne Alge, konnten zufrieden feststellen, dass sich ihre Mühen gelohnt hatten. **S.A.**

GLÜCKWUNSCH

Am 4. August ist Georg Holmsten 90 Jahre alt geworden. Der Vorstand gratuliert dem Gründungsmitglied des VS sehr herzlich, wünscht Gesundheit, alles Gute und weiterhin Schaffenskraft. Als 9-Jähriger kam Georg Holmsten nach Berlin und ist dieser Stadt bis jetzt treu geblieben. Nach abgeschlossenem Studium 1933 war er zunächst als Nachrichtenjournalist und seit 1945 als Schriftsteller tätig. In den ersten Jahren seines literarischen Schaffens setzte er sich vor allem mit dem Trauma seiner Kriegserfahrungen auseinander. In den 50er Jahren sind es dann volkstümliche Romane, u.a. „Lucrezia Borgia“, die von ihm erscheinen, später dann Romane oder Monografien, z.B. über Kaiserin Elisabeth von Österreich, Ludwig XIV, Maria Stuart oder Voltaire und Rousseau. Anfang der 70er Jahre trat er auch mit „Berlinliteratur“ an die Öffentlichkeit.

Foto: Jaron-Verlag



Am 24. Juli 2003 ist Heinz Knobloch im Alter von 77 Jahren gestorben. In der Neuauflage seiner „Alten und neuen Berliner Grab-

Die Sinne geschärft

Zum Tod von Heinz Knobloch

steine“ stehen fünf Seiten über das Familiengrab der Knoblochs auf dem Johannis-Friedhof in Dresden-Tolkwitz, wo er nun seine letzte Ruhe finden wird. Wie so viele Große in der hauptstädtischen Geschichte stammte der unermüdlich recherchierende Stadtchronist nämlich nicht aus Berlin. Besaß er deshalb den besonderen Blick des Zugereisten für das historische und poetische Detail, der darüber nie die großen Zusammenhänge aus den Augen verlor?

In einem Punkt war Knobloch doch ein waschechter Berliner: Er

war ein Zweifler vor dem Herrn, und er hat aus dieser Skepsis – er selbst sprach vom berechtigten Misstrauen seines Jahrgangs 1926 – mehr als tausend seiner legendären Wochenpost-Feuilletons geformt, geschliffene literarische Edelsteine. Alles, was er schrieb und herausgab, ist gesammelt in über fünfzig Bänden. Dazu gehören seine Erinnerungen und die Romane: „Herr Moses in Berlin“, „Der beherzte Reviervorsteher“, „Der arme Eppstein“ und „Meine liebste Mathilde“, die voller Entdeckungen stecken.

Heinz Knobloch war ein überaus angenehmer Kollege, ein freundlicher Mensch, der Ruhe und Gelassenheit ausstrahlte. Sein Einfluss auf eine ganze Generation von Journalisten und Schriftstellern ist gar nicht zu überschätzen. Er hat das Feuilleton wieder belebt und als wahrer Schatzgräber unsere Sinne für das vernichtete jüdische Berlin geschärft. Und er hat mit Geschick gegen jegliche Zensur angeschrieben. Wie sein adoptierter geistiger Großvater, der brave Soldat Schwejk, liebte er den anzüglichen Hintersinn und die politisch inkorrekte Anspielung, auf die er sich meisterhaft verstand.

Wir werden Heinz Knobloch sehr vermissen.

Jan Eik

Eine Milchmädchenrechnung?

Von der Schließung der Berliner Elsnerdruck GmbH sind 400 Arbeitsplätze betroffen

Die Elsnerdruck GmbH an der Lützowstraße ist ein Berliner Traditionsbetrieb. Seit 135 Jahren gibt es das Familienunternehmen, das der letzte Besitzer Gerhard Elsner 1981 an die Bertelsmann AG verkaufte, die es in eine „Taschenbuchfabrik“ umbaute. 120 Millionen Bücher verließen seither jährlich den Betrieb, europaweit Spitze. Die qualifizierte Belegschaft – zuletzt 243 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – sicherte dem Konzern seit den 90er Jahren immer Gewinne. Die Belegschaft mischte engagiert bei Tarifaueinandersetzungen mit und machte Elsnerdruck zu einem der letzten Betriebe in Berlin, in dem Tarifleistungen in vollem Umfang bezahlt werden. Dies wird nun zerschlagen. Bertelsmann verlagert seine 100prozentige Tochter nach Ostthüringen, wo dem Konzern auf eigenem Gelände der Grafische Großbetrieb Pößneck gehört – das ehemalige Karl-Marx-Werk, größter Buchhersteller der DDR, für Peanuts gekauft bereits 1990, mit Zuschüssen aus Steuermitteln modernisiert. Wir sprachen mit Werner Neumann, Betriebsratsvorsitzender von Elsnerdruck:

Ende September 2002 gab es erste Verlagerungsgerüchte?

Werner Neumann: Stimmt, aber von Außenstehenden wie Monteuren, Lieferanten und Kunden, nicht von Konzern- oder Geschäftsleitung. Erstmals war aber von einer Verlagerung nach Pößneck schon 1999 die Rede, als die Geschäftsführung wegen eines neuen Arbeitszeitmodells Druck ausübte. Die Pläne konnten damals noch abgewendet werden. Diesmal nicht mehr. Anfang Oktober erfuhr dann die Belegschaft offiziell davon, dem Betriebsrat wurde Mitte Oktober mitgeteilt, dass in Gütersloh konkrete Verlagerungspläne bestehen. Als Begründung hieß es, dass in Pößneck kostengünstiger produziert werden könne. Der Betrieb dort ist nicht tarifgebunden (gezahlt werden im Augenblick 87,5% vom Tarif), und Mietkosten fallen nicht an. Zusätzlich gibt es dort die Billiglohtochter PSC, in der die Taschenbücher in Zukunft gebunden werden.

Es sollte alles ziemlich schnell gehen...

Werner Neumann: Schon im Januar sollte unsere erste Maschine abgebaut werden. So flott ging es dann doch nicht. Durch zähe Verhandlungen unter Beteiligung von ver.di, Rechts- und Wirtschaftsberatern gelang es uns, einen Interessenausgleich mit Zeitplan auszuhandeln, der eine Betriebsverlagerung bis Februar 2004 vorsieht. Dann soll hier in Berlin das Mietobjekt zurückgegeben werden. Die Demontage der ersten von sechs Maschinen begann im Mai. Momentan wird noch an zwei Maschinen produziert, mit 42 technischen Beschäftigten, die anderen sind freigestellt. Komplette arbeiten noch die Verwaltung und der Vertrieb, da sich erwies, dass die organisatorische Zusammenlegung viel komplizierter ist als das Umsetzen von Maschinen.

Was hat die Geschäftsführung der Belegschaft von Elsnerdruck denn geboten?

Werner Neumann: Es wurde allen ein Arbeitsplatz im 275 km entfernten Pößneck angeboten. Alles andere blieb vage. Besonders verärgert waren Belegschaft und Betriebsrat darüber, dass wohl erstmals im Bertelsmannkonzern kein großzügiges Angebot unterbreitet wurde. Das erste Sozialplanangebot betrug 0,5 Monatsgehälter pro Beschäftigungsjahr, insgesamt weniger als 5 Millionen Euro. In langwierigen

Verhandlungen bis zur Einigungsstelle konnte das dann auf 10,5 Millionen Euro aufgestockt werden. Darin sind allerdings die Zahlungen an die Kolleginnen und Kollegen enthalten, die nach Pößneck ziehen, so dass das Sozialplanvolumen letztlich nicht befriedigen kann.

Was wurde sonst noch festgeschrieben?

Werner Neumann: Wir waren sehr überrascht, dass nur 37 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tatsächlich nach Pößneck gehen. Für sie wurde Besitzstandswahrung solange zugesagt, bis durch die dortigen Lohnanpassungen die Löhne und Gehälter das Berliner Niveau erreicht haben. Das kann dauern, die Bruttoentgelte liegen dort jetzt teilweise nur bei der Hälfte, da auch andere Tarifleistungen nicht gezahlt werden. Außerdem bekommen die Mitziehenden auf 21 Monate befristet Pendelgeld, Umzugsbeihilfen und Unterstützung bei der Wohnungssuche. Bei schnellem Wechsel werden auch die Umzugskosten gezahlt.

Die Berliner wurden fristgemäß gekündigt und erhalten Abfindungen nach einer letztendlich akzeptablen Formel. Für die meisten schließt sich außerdem eine bezahlte dreimonatige Outplacement-Maßnahme an. Dort werden Bewerbungstraining und verschiedene Möglichkeiten der Fortbildung angeboten. 117 Beschäftigte beteiligen sich. Die Sa-



Werner Neumann: „Verlagerung zeigt, wie Bertelsmann zu Berlin steht.“

che beginnt im August und wird für die letzten im Mai 2004 beendet sein.

Und Dein Fazit?

Werner Neumann: Wir haben mit ver.di-Unterstützung sehr hart verhandelt, die Ergebnisse sind vorzeigbar, und wir haben uns nicht mit Peanuts abspesen lassen. An der Tatsache, dass die Betriebsverlagerung die Hauptstadt insgesamt etwa 400 Arbeitsplätze kosten wird, ändert das nichts. Schließlich sind auch unsere Zulieferer und das Logistikunternehmen betroffen. Hier zeigt sich deutlich, wie Bertelsmann wirklich zu Berlin steht. Ein schwarze Zahlen schreibender Betrieb wird geschlossen um – nach mehrjähriger Amortisierung der Umzugskosten – noch mehr Gewinn zu machen! **neh**

FEUCHTFRÖHLICHE TAUFE

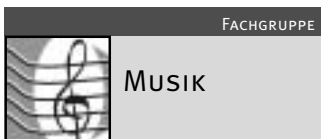


Foto: transit

*Nach altem Druckerbrauch wurden am 2. Juli die Lehrlinge der „Schwarzen Kunst“ am OSZ Druck- und Medientechnik Berlin in die Gautschbütt geworfen. Die feuchte „Lossprechung“ bildet für die Jünger der Druckerkunst nach erfolgreichem Lehrabschluss den Übergang in den Gesellenstand. In der Fachsprache bezeichnet Gautschen das erste Auspressen der nassen Papierbahn durch zwei Walzen. Genauso wird das Auspressen eines nassen Buchdruckergesellen durch zwei Packer genannt. Jung-Gesellen werden dazu mit jeder Menge guten Ratschlägen und Ermahnungen versehen. Aber: Da nach der äußeren auch innere Feuchtigkeit geboten wird, macht ein Gautschfest wie dieses einfach Spaß. **B.E.***

Bald noch politischer

Musikschultag: Freiwillige Aufgabe – oder freiwillig aufgeben?



FACHGRUPPE

MUSIK

Zum zweiten Mal veranstalteten die Berliner Musikschulen im Roten Rathaus einen Musikschultag, der sich sehen und hören lassen konnte. Über fast vier Stunden, quer durch alle Altersgruppen und Musikstile, von leiser Harfenmusik über fröhlich tanzende und singende Gruppen der Früherziehung bis zu Bigbandklängen präsentierten neun der zwölf Musikschulen einen großen Ausschnitt aus der reichhaltigen Angebotspalette. Vor dem Rathaus auf der großen Treppe, der Galerie und im Festsaal auf zwei Bühnen wurde gespielt, gesungen und getanzt, sogar eine Kurzfassung der Zauberflöte von Profis für Kleine zum Mitmachen stand auf dem Programm.

Das Ganze stand unter der Schirmherrschaft von Senator Klaus Böger, der in einer kurzen Ansprache die Bedeutung der Musikschulen und den politischen Willen zu ihrem Erhalt bekräftigte. Die Frage, in welcher Rechtsform das künftig zu bewältigen ist, ließ er offen. Unter dem Eindruck der hohen Vielfalt und Qualität der Beiträge mahnte er eine bessere öffentliche Präsentation der Arbeit an. Tatsächlich nutzten nur drei Musikschulen



Foto: transit/Polentz

Gefühlvoll: Streichergruppe der Pank-Prinzen-Kapelle aus Pankow

und die Fachgruppe Musik in ver.di die für sie bereitgestellten Info-Tische im Wappensaal.

AN DEN MUSIKSCHULEN WIRD FESTGEHALTEN

Die anschließende Podiumsdiskussion im Wappensaal hatte im Wesentlichen die Überlebenschancen der bezirklichen Musikschulen zum Thema: „Freiwillige Aufgabe – oder freiwillig aufgeben?“ Unter der Moderation von Petra Schwarz (u.a. RBB) diskutierten Vertreter und Vertreterinnen der Musikschulen, der Fachgruppe Musik und Eltern mit Politikern aus Land und Bezirken Fra-

gen zu denkbaren künftigen Rechtsformen. Damit verbunden war das aktuelle Schwarze-Peter-Spiel um Zuständigkeiten zwischen Land und Bezirken. Dabei kamen Kosten-Leistungsrechnung und Medienabsenkung ebenso zur Sprache wie die katastrophale Arbeitsplatzsituation der Lehrkräfte. Obwohl auf solchen Diskussionsforen üblicherweise keine Verbindlichkeiten geregelt werden, wurde doch so viel deutlich, dass die Bezirke an ihren Musikschulen festhalten wollen, wenngleich es auch derzeit keine Einigung über die Rechtsform gibt. Deutlich wurde auch, dass das Budgetierungsverfahren den Musikschulen schwer schadet und zudem die Entsolidarisierung der Bezirke vorantreibt. Klar formuliert und mit besonderem Beifall unterstützt wurde auch das Elterninteresse: bezahlbare Musikschulplätze für alle.

Insgesamt war die Veranstaltung ein großer Erfolg, Bericht in der Berliner Abenschau inklusive. Vielen Menschen ist an dieser Stelle für ihr Engagement zu danken. Allen voran ein ganz besonders herzlicher Dank an Ute Knarr-Herriger von der Leo-Kestenberg-Musikschule, die in unverwechselbarer Art nicht nur den Fachgruppenvorsitzenden bei der Stange hielt, sondern den gesamten Programmablauf konzipiert, die Ton- und Lichttechnik gesteuert, das Backstagepersonal diri-



Foto: transit/Polentz

Kraftvoll: Tanzensemble Ännyttaim der Musikschule Treptow-Köpenick

NACHRUF

Abschied von Norbert Klotz

Für uns alle unfassbar: Norbert Klotz, geboren 1962, Mitglied des Fachgruppenvorstandes Musik, ist tot. Er starb am 2. Juni diesen Jahres. Norbert war in seiner Aufrichtigkeit und in seinem Streben nach Gerechtigkeit als Instrumentallehrer und Betriebsrat in der Musikschule Kleinmachnow eine Persönlichkeit von eindringlicher Klarheit und Stärke. Die Tiefe seiner sozialen und mitmenschlichen Empfindung war nicht nur bei jeder Versammlung, an der er teilnahm, zu erkennen. Mit hohem Engagement setzte er sich für erstrebenswerte Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer in seiner Musikschule ein. Oft wurde er enttäuscht von der zuständigen übergeordneten Verwaltungshierarchie, die immer wieder neue Barrieren errichtete. Als Leiter des Fachbereichs Streichinstrumente unterrichtete Norbert Violine und Bratsche, zusätzlich auch Gitarre. Seine Liebe zu den Kindern war getragen von dem Wunsch, durch das Erlebnis des Musizierens bei seinen Schülerinnen und Schülern Freude an der Musik zu entwickeln und zu fördern. Er selbst war aktiv im Schmöckwitzer Kammerorchester; es hat die Trauerfeier musikalisch gestaltet. Die Pfarrerin, auch Orchestermitglied, sprach als persönlich Verbundene. Behutsam fragend näherte sie alle Trauergäste der überaus mitfühlenden und stets in Bedrängnis stehenden Persönlichkeit von Norbert Klotz noch einmal an.

*Wir trauern aus tiefem Herzen.
Der Vorstand der FG Musik*

giert und die Räume mit Bühnen und geschmackvoller Dekoration ausgestattet hat.

Die Organisatoren – vier Musikschulleiter und -leiterinnen, eine Technikerin, eine Landeselternvertreterin und ein Vertreter der Fachgruppe Musik – sind sich einig, dass es nächstes Jahr wieder einen Musikschultag geben soll. Noch schöner, noch repräsentativer und – noch politischer.

Stefan Gretsch

LANDESBEZIRK

Medien Galerie: „Rückkehr unerwünscht – die Bilder des Zeugen Peter Edel“. Die neue Ausstellung zeigt ab 28.8. (Eröffnung um 19 Uhr) bis zum 3.10. mit Zeichnungen, Illustrationen und Karikaturen die andere künstlerische Seite des Schriftstellers Peter Edel. Öffnungszeiten: Mo bis Do 12-19 Uhr und zu Veranstaltungen. Medien Galerie, Dudenstr. 10, 10965 Berlin (U-Bhf. Platz der Luftbrücke, Bus 104, 119).

Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung am 14.9. von 13 bis 18 Uhr auf dem Berliner Marx-Engels-Forum (nahe Rotes Rathaus) mit über 100 Ständen, Kulturprogramm, politischen Veranstaltungen. Historisch angeknüpft wird an die Tradition des Tages der Opfer des Faschismus (OdF), der 1945 von Überlebenden der KZ und Zuchthäuser initiiert wurde. Seit 1990 beteiligten sich weit über 500 Organisationen und Gruppierungen daran (www.tag-der-mahnung.de).

JOURNALISMUS

Journalistenstammtisch: jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Cafe „Stresemann“ (Empore), Stresemannstr. 90, gegenüber Anhalter Bahnhof.

CONNEX.AV

Second Tuesday, der Medienstammtisch findet im September ausnahmsweise am dritten Dienstag, am 16. September um 19 Uhr im Oberbaum-Eck, Bevernstraße statt. Thema: Selbstcoaching – Fragen zur Motivation Freier und Selbständiger und zur Positionierung auf dem Markt.

BILDENDE KUNST

Mitgliederversammlung am 24. September ab 16 Uhr bei ver.di, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin, Raum 5.21

RFAV MEDIEN

Berliner Kinostammtisch: Jeden 1. Montag im Monat ab 20 Uhr im Bistro Café am Arsenal, Fuggerstr. 35, 10777 Berlin (Tel. 030/ 214 14 77).

Stammtisch für Kleindarsteller: Jeden 1. Dienstag im Monat ab 18 Uhr am gleichen Ort.

LITERATUR

Mitgliederversammlung VS Brandenburg am 26. September ab 14 Uhr, Landesbibliothek Potsdam, Versammlungsraum 6. Etage. **Mitgliederversammlung VS Berlin** zum Thema „Effenberg und das Ende der Literatur“ am 1. Oktober ab 16 Uhr bei ver.di, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin, Raum 10.02

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, im „Terzo Mondo“, Grolmanstr. 28. Das Terzo Mondo liegt zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlendstr. (U 15) entfernt und ebenso nur wenige Minuten vom S-Bahnhof Savignyplatz (zu erreichen mit der S 5, 7, 75, 9, 3).

Brodowiner Gespräche – 12. Jahrestagung umweltengagierter Schriftstellerinnen und Schriftsteller Deutschlands vom 25.-28.9. in Bollersdorf und Buckow/Märkische Schweiz. Vorträge, Gespräche, Lesungen, Exkursion zum Thema „Unser täglich Brot“. Öffentliches Podiumsgespräch mit InfoRadio: „Sind wir mit der Globalisierung auf dem Weg zum Einheitsgeschmack?“ Infos u. Anmeldung: Arbeitskreis LITERATUR UM WELT im FÖN, Agastr. 24, 12489 Berlin, Tel. 030/67 75 77 66, Fax: 030/67 89 51 80. e-mail: foerdereverein foen@t-online.de

Drehbuchpreis der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen – Auseinandersetzung mit dem Thema Behinderte. Einsendeschluss: 15. Oktober. Dotierung 30 000 € (5000 ohne Zweckbindung an Autor, 25 000 € zur Filmrealisierung). Infos unter VS Geschäftsstelle: filmfest@behindertenbeauftragter.de

Schullesungen „Wider das Vergessen“ zum 9. November. Auch in diesem Jahr können eigene oder fremde Texte zum Thema gelesen werden. Die selbst organisierten Lesungen bitte der VS-Geschäftsstelle bis 10. September mitteilen. Der Bundesvorstand bemüht sich um Honorare.

AG AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 Uhr in der Köpenicker Str. 55. Ulla Pingel (Tel. 621 24 50) und Olaf Zygalzky (Tel. 782 13 34) sind ehrenamtliche Sprecher.

KULTUR & BÜHNEN

Vorstandssitzungen der FG 10 am 1. September, 22. September, 13. Oktober jeweils von 15 bis 18 Uhr in Raum 5.21 bei ver.di, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin

JUGEND

Medienjugend: Treff jeden ersten Mittwoch im Monat um 18 Uhr im Container des Gewerkschaftshauses, Köpenicker Str. 55.

SENIOREN

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

„Alte-Barden-Runde“: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alt-Tempelhof“, Alt-Tempelhof 46, 12103 Berlin.

Großer ADN-Treff am 27. Oktober von 15-18 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203-206, 10115 Berlin. Bitte vormerken, es gibt keine schriftlichen Einladungen!

SEMINARE

Tagesseminar Existenzgründung für Einzel- und Mikrounternehmer am 16.9. von 9 – 17 Uhr bei ver.di, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin, Container, Raum 10.08. Existenzgründung als freiberufliche bzw. gewerbliche Einzelunternehmer o. in Kleinstunternehmen. Schwerpunkte: Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit, Risikominimierung, Förderungsmöglichkeiten, Absicherung, betriebswirtschaftliche und steuerliche Aspekte etc.

Tagesseminar Existenzgründung für Journalisten, Medienberufler, Künstler am 7.10. von 9.30 – 16.30 Uhr bei ver.di, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin, 5. Etage, Raum 5.21. Freiberufliche Existenz in Medien- und künstlerischen Berufen, Chancen und Risiken der Selbstständigkeit. Schwerpunkte: Existenzgründung aus Arbeitslosigkeit, Förderungsmöglichkeiten, soziale Absicherung über die KSK, Gemeinschaftsgründungen.

Tagesseminar Selbstvermarktung freier journalistischer Arbeit am 4.11. von 9.30 – 16.30 bei ver.di in der Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin, 5. Etage, Raum 5.21. Er-

VER.DI
IM INTERNET<http://www.bb-verdi.de>

**Gewerkschaftshaus
Medienfachbereich**
Köpenicker Str. 55
10179 Berlin
Tel. 030/86 31-0

schließung des Medienmarktes und Vermarktung journalistischer Leistungen, Praxisbeispiele, Kontaktaufbau, Marktbeobachtung, Honorare, Info-Beschaffung etc.

Seminar Digitale Fotografie & Fotobearbeitung vom 24.-26.10, DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin. Anmeldung: 03 39 23/7 40 18. e-mail: eberhard.wange@dgb-jugendbildungsstaette.de

Anmeldung für alle Seminare: jeweils per Fax unter 030/86 31-19 02 oder e-mail: Andreas.Koehn@verdi.de. Per Post: ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin. Mitglieder 13 €, Nichtmitglieder 50 €.

Sprachrohr 5/03

erscheint am 20.10.03
Redaktionsschluss am 1.10.03

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.
Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin. Tel: 030/86 31-0.
Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96 -64, Fax: 030/61 30 96-66.
Gestaltung, Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030/61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de
Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Am Friedrichshain 22, 10407 Berlin, Tel: 030/5 66 57 53, Fax: 030/5 66 57 54
Druck: Tribüne Druck-GmbH, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin.
Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5,- Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin

Straße _____

Ort _____

Bemerkungen _____

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin.

Wenn gefragt wird – dann konkret

Kündigung mit angeblichen Stasiverstrickungen nicht akzeptiert

Im Rechtsstreit zwischen der Märkischen Oderzeitung (MOZ) und einer gekündigten Redakteurin erklärte das Bundesarbeitsgericht (BAG) eine verhaltensbedingte Kündigung nach dem Kündigungsschutzgesetz für unwirksam. Mit diesem Tenor

Kritischer Artikel als Vorwand

schloss es sich der Vorinstanz, dem Landesarbeitsgericht Brandenburg, an.

Die MOZ ist Rechtsnachfolgerin der Zeitung „Der Neue Tag“, wo die Redakteurin seit 1972 beschäftigt ist. In der Zeit von 1981 bis 1989 hatte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) die Redaktionsräume für konspirative Zwecke benutzt. Im Zusammenhang mit einem von der MOZ mitunterstützten Forschungspro-

jekt „Staatssicherheitsdienst und Bezirksparteizeitungen“ hatte die Chefredaktion die Redakteure 1996 aufgefordert, sie über etwaige „Stasikontakte“ zu informieren, die bei der konspirativen Tätigkeit in der Redaktion entstanden waren. Mit Ausnahme der Klägerin führten daraufhin alle Redakteurinnen und Redakteure ein vertrauliches Gespräch. Im Oktober 1999 hatte die Redakteurin zum Missfallen der MOZ einen Artikel verfasst, der sich kritisch mit dem „Ostaufbau“ beschäftigte. Dies nahm die MOZ schließlich zum Anlass, die Redakteurin zu kündigen. Begründet wurde es hauptsächlich damit, dass sich die Redakteurin im Gegensatz zu ihren Kollegen nicht über ihre „Stasikontakte“ offenbart hatte. Außerdem wurde ihr ein tendenzwidriger Artikel zur Last gelegt. Zum Vorwurf der verweigerten Auskunft über „Sta-

sikontakte“ führt das BAG in seinem Urteil aus, dass grundsätzlich die Falschbeantwortung einer Frage nach früherer MfS-Tätigkeit eine Kündigung rechtfertigen könne. Ein solcher Vorwurf stand allerdings zu keinem Zeitpunkt im Raum. Vielmehr warf

Weigerung ist kein Fehlverhalten

die MOZ der Redakteurin vor, sich nicht offenbart zu haben. In dieser Weigerung vermochte das BAG jedoch kein Fehlverhalten erkennen. Denn die 1996 an die Redakteure ergangene Aufforderung stelle keine ausreichend konkrete Frage dar. Die bloße Weigerung der Klägerin, sich zu äußern, könne für eine Kündigung nicht ausreichen.

Auch auf die Verletzung der publizistischen Grundsätze könne

die Kündigung nicht gestützt werden. Grundsätzlich kann eine Kündigung in diesem Kontext ohne vorherige Abmahnung nur wegen einer schwerwiegenden Tendenzverletzung erklärt werden, führte das BAG aus. Da sich der strittige Artikel allerdings auf die Wiedergabe von Zitaten beschränke und keine eigene Meinungsäußerung der Autorin enthalte, könne von einer schwerwiegenden Tendenzverletzung keine Rede sein. Deshalb wäre hier eine wirksame Kündigung nur nach vorheriger Abmahnung möglich gewesen. Generell gilt: Wird eine Kündigung vom Arbeitsgericht für unwirksam erklärt, besteht das Arbeitsverhältnis zu unveränderten Bedingungen fort. Der Arbeitnehmerin stehen dann alle Ansprüche zu, vor allem auf Entgelt aus dem Arbeitsvertrag.

Johannes Heuschmid

Mit Blitzaustritt vor Gericht abgeblitzt

Ausscheren des Landes Berlin aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband nach ver.di-Klage unwirksam

Das Arbeitsgericht Berlin befand den am 8. Januar dieses Jahres mit „sofortiger Wirkung“ erklärten Austritt des Landes aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) aufgrund einer Klage von ver.di für unwirksam. Bereits zuvor – am 29. Oktober 2002 – hatte Berlin seine Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband mit dreimonatiger Kündigungsfrist zum 31. Januar 2003 ordentlich gekündigt. Zu diesem neuerlichen „Blitzaustritt“ sah sich der

Berliner Senat Anfang Januar veranlasst, als absehbar wurde, dass die Tarifeinigung im öffentlichen Dienst noch vor Ablauf der ordentlichen Kündigungsfrist zu-

Wichtiger Grund fehlte völlig

stande kommen würde. Denn es sollte verhindert werden, dass Berlin bei Unterzeichnung der Tarifverträge, aufgrund der Nach-

wirkungspflicht aus dem Tarifvertragsgesetz zur Zahlung der Tarifierhöhung verpflichtet wird.

Das Gericht stützte seine Entscheidung vor allem auf das „Fehlen eines wichtigen Grundes“. Der nur wäre Voraussetzung für einen generell zulässigen „Blitzaustritt“. Dass das Land pauschal auf die Haushaltsnotlage verwiesen habe, könne einen wichtigen Grund nicht belegen, so die Auffassung der Arbeitsrichter. Statt dessen hätte das

Land nachweisen müssen, dass gerade durch die Tariflohnerhöhungen die Haushaltskonsolidierung unmöglich gemacht worden wäre. Durch diesen gerichtlichen Erfolg konnte die Verhandlungsposition von ver.di in den laufenden Tarifverhandlungen des Öffentlichen Dienstes in Berlin gestärkt werden. Sie fanden mit einem Tarifabschluss am 31. Juli ihr Ende. ver.di und das Land Berlin einigten sich, das Verfahren als erledigt zu betrachten. *J.H.*